

ist. Auch auf dem kürzlich durchgeführten Parteitag der SPD wurde in Referaten wie in der Diskussion die Meinung vertreten, daß man nicht umhin könne, mit der DDR zu verhandeln, wenn man ernstlich in der Frage der Wiedervereinigung weiterkommen wolle.

Wie stark die Idee der Konföderation in der internationalen Politik wirkt, ist daraus ersichtlich, daß der amerikanische Außenminister Dulles sich genötigt sah, offen auf die Scheinposition zu verzichten, auf der die USA und Bonn bisher zur Verschleierung ihrer wahren Ziele gegenüber der DDR zu stehen Vorgaben. Bisher hatten sie immer behauptet, ein wiedervereinigtes Deutschland solle selbst entscheiden, ob es der NATO anzugehören wünsche oder nicht. Manche Menschen sind auf dieses Täuschungsmanöver hereingefallen. Jetzt, angesichts des wachsenden Verständigungswillens in Westdeutschland, hat nun Herr Dulles vor dem Außenpolitischen Ausschuß des amerikanischen Senats erklärt, es wäre unklug, die Bundesrepublik und die DDR unter Bedingungen zu vereinigen, die zu einem Deutschland außerhalb der NATO führen würden. Das ist die offene Begründung für die Politik der Verewigung der Spaltung Deutschlands. *Die USA wollen kein wiedervereinigtes Deutschland mit einer unabhängigen Politik, und Adenauer leistet ihnen dabei Hilfestellung.* So klar ist es bisher noch nicht gesagt worden.

Die Situation ist also völlig klar: *NATO-Politik und Wiedervereinigung sind schlechterdings unvereinbar. Wer ernstlich die Wiedervereinigung erstrebt, muß gegen die Politik der NATO und gegen das Verbleiben Westdeutschlands in der NATO auf treten.*

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß die USA an der praktischen Lösung des Deutschlandproblems nicht interessiert sind, so hat ihn Herr Dulles in seiner Sonderinstruktion an die Chefs der amerikanischen diplomatischen Vertretungen im Ausland erbracht. In dieser Instruktion wird klargestellt, warum die USA-Politik gegenwärtig an der praktischen Lösung des Deutschlandproblems nicht interessiert ist. Es wird darin zugegeben, daß die Leiter der USA-Politik die Spaltung Deutschlands als willkommenes Mittel betrachten, Westdeutschland fest an die USA zu ketten. Wenn die USA-Regierung trotzdem im Zusammenhang mit den Diskussionen über die Gipfelkonferenz und bei anderen Gelegenheiten die Forderung nach Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage sogenannter „freier Wahlen“ als Bedingung für eine Entspannung